

# Pressemitteilung

Nr.: 431/2022

Potsdam, 6. Oktober 2022

## Krise gemeinsam meistern – Gesundheitsministerium und Gesundheitsakteure ziehen an einem Strang

Der Druck auf den Gesundheits- und Pflegebereich ist auch im Land Brandenburg enorm, durch Inflation und steigende Energiepreise geraten Krankenhäuser, Arztpraxen, Reha- und Pflegeeinrichtungen in Bedrängnis. Krankenhäuser warnen unter dem Titel „Alarmstufe Rot“ vor einem Kliniksterben, Arztpraxen schließen sich der Protestwoche „Dienst nach Vorschrift“ an. Der Bundesrat fasst sich morgen mit der kurzfristigen Sicherung der Liquidität von Krankenhäusern, Reha- und Vorsorgeeinrichtungen sowie von medizinischen Einrichtungen und Pflegeeinrichtungen. In dieser Gemengelage steht das Land fest an der Seite der Gesundheitsakteure in Brandenburg.

**Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher:** „Diese Krise kann nur gemeinsam gemeistert werden. Als Landesregierung sind wir erster Ansprechpartner unserer Akteure im Gesundheits- und Pflegebereich. Die wirtschaftlichen Belastungen sind hier in den letzten Jahren immer größer geworden. Durch die steigenden Energie- und Verbraucherpreise wird die **Lage jetzt noch bedrohlicher** und viele Praxen, Kliniken und Einrichtungen stehen mit dem Rücken zur Wand. Brandenburg hat seine Hausgaben gemacht und unterstützt die Krankenhäuser schnell und unbürokratisch mit gut 82 Millionen Euro. Jetzt ist der Bund gefragt. Wir brauchen dringend zusätzliche Unterstützung für den gesamten Gesundheits- und Pflegebereich. Dazu zählt zum Beispiel ein **Energiekostenausgleich** und **Inflationsausgleich**. Es muss jetzt gehandelt werden, damit der Gesundheitsbereich nicht selbst zum Patienten wird. Natürlich darf auch die **soziale Infrastruktur** nicht vergessen werden. Auch mit den Sozialpartnern steht das Land derzeit in engem Austausch.“

**Dr. Troppens, Vorstandsvorsitzender der Landeskrankenhausesgesellschaft Brandenburg:** „Die Krankenhäuser im Land Brandenburg stehen vor der größten Herausforderung seit 30 Jahren: **Corona-Pandemie**, überbordende **Bürokratie**, **Energiepreisexplosion** und **Inflation** sind ein toxisches Gemisch, welches die Existenz der Standorte gefährdet. Es ist deshalb gut, dass das Land in seiner Verantwortung für Investitionen 82,45 Millionen Euro kurzfristig bereitstellt. Wir erwarten, dass auch der Bund seiner Verantwortung nun sehr zügig nachkommt und Energiepreise, aber auch die massiven Steigerungen in allen anderen Bereichen durch einen Inflationszuschlag ausgleicht. Denn: Krankenhäuser können ihren Kostensteigerungen nicht wie andere Unternehmen durch Erhöhung der Preise kompensieren.“

Henning-von-Tresckow-Straße 2-13  
14467 Potsdam

Pressesprecher: Gabriel Hesse

Telefon: +49 331 866-5040

Mobil: +49 170 45 38 688

Internet: <https://msgiv.brandenburg.de>

Twitter: [https://twitter.com/MSGIV\\_BB](https://twitter.com/MSGIV_BB)

Mail: [presse@msgiv.brandenburg.de](mailto:presse@msgiv.brandenburg.de)

**MUDr./ČS Peter Noack, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg:** „Im Flächenland Brandenburg sind die ambulant tätigen Kolleginnen und Kollegen das Fundament der medizinischen Versorgung. In den Praxen gibt es an einem durchschnittlichen Tag über 70.000 Behandlungen, viele mit einer spezialisierten und energieintensiven Gerätetechnik. Dazu kommen 2.500 Haus- und Heimbefuche. Damit wir dieses Niveau auch zukünftig halten können, benötigen wir jetzt jede **Unterstützung** und eine **ausreichende und bedarfsge-rechte Finanzierung**. Ansonsten wird es bald kalt und dunkel in den Brandenburger Arztpraxen.“

**Hubertus Diemer, DRK-Landesverband Brandenburg e.V. und Vorsitzender der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege – Spitzenverbände im Land Brandenburg:** „Es ist höchste Zeit, den vielen verunsicherten Pflege-, Betreuungs- und Unterstützungsbedürftigen sowie den Beschäftigten und Trägern im Sozial- und Pflegebereich ein **deutliches Signal** zu senden. Sie dürfen mit ihren Problemen und Ängsten nach fast drei Jahren Pandemie, einer bisher unbekanntem Inflation und einer drohenden Energiekrise nicht allein gelassen werden! Wir brauchen eine **gemeinsame Kraftanstrengung**, um Leistungseinschränkungen oder gar Schließungen von Einrichtungen und Diensten auf Grund unfinanzierbarer Kostensteigerungen zu verhindern. Gerade jetzt sind viele Menschen auf Rat und Hilfe angewiesen!“

**Dr. Steffi Miroslau, Geschäftsführerin Gesellschaft für Leben und Gesundheit:** „Die Versorgung der Patienten steht für uns an erster Stelle. Vieles ist dabei momentan außer in den Krankenhäusern auch und gerade im Reha-Bereich schwer kalkulierbar, sodass wir uns mit zahlreichen Fragen zur Wirtschaftlichkeit als Basis und mit möglichen Szenarien auseinandersetzen müssen, um so gut wie möglich auf alle denkbaren Entwicklungen vorbereitet zu sein. Wir erwarten in dieser für alle Beteiligten gleichermaßen schwierigen Lage dringend einen **konstruktiven Dialog**, um gemeinsam zu den richtigen Entscheidungen zu finden und die **dringend nötige Planungssicherheit** für die medizinische Versorgung wieder herzustellen.“